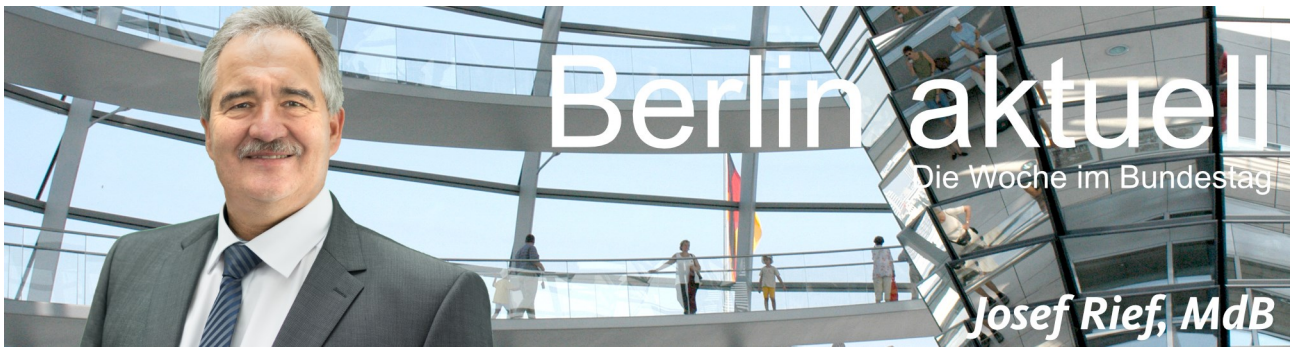

Kriege gegen Ukraine und Israel: Doppelte Bewährungsprobe für die EU

Merz gibt Ausblick auf den Europäischen Rat | Mehrfrontenkrieg gegen Israel abwenden

Angesichts des russischen Kriegs gegen die Ukraine und des Hamas-Terrors gegen Israel sieht Friedrich Merz die Europäische Union vor einer doppelten Bewährungsprobe. Beide Konflikte gefährdeten Frieden und Freiheit auch in Deutschland und Europa, sagte der CDU/CSU-Fraktionschef im Bundestag. Der Schutz Israels und der Sieg der Ukraine lägen daher „in unserem nationalen wie in unserem gemeinsamen europäischen Interesse“.

Friedrich Merz bei seiner Rede in dieser Woche

Merz antwortete im Bundestag auf die Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz, der einen Blick auf den Europäischen Rat in der kommenden Woche warf. Vom EU-Gipfel müsse ein „unmissverständliches Signal ausgehen“, dass der russische Präsident Wladimir Putin nicht auf eine nachlassende Unterstützung der EU für die Ukraine hoffen dürfe, sagte der Unionsfraktionsvorsitzende. Europa müsse auch alle Schritte unternehmen, um einen Mehrfrontenkrieg gegen Israel abzuwenden, der die Existenz des jüdischen Staates in höchstem Maße gefährden würde.

Erneut äußerte Merz die Befürchtung, dass der Krieg gegen Israel lange dauern könne. Aber auch in diesem Fall dürfe kein Zweifel daran aufkommen, wo Deutschland stehe: „Wir stehen an der Seite Israels.“ Dies bekräftigte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Patricia Lips. Sie sprach sich dafür aus, alle EU-Zahlungen an die Palästinenser – außer der humanitären Hilfe für die Zivilbevölkerung – auf den Prüfstand zu stellen. „Geld kann nur erhalten, wer sich zweifelsfrei vom Terror distanziert.“

Im Hinblick auf antisemitische und israelfeindliche Ausschreitungen auf deutschen Straßen und Plätzen forderte Merz „ein hartes Durchgreifen der Polizei und der Justiz“. Stefan Müller, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, erinner- **Seite 2**

Austausch mit Armenischen Abgeordneten

In dieser Woche trafen die Mitglieder der Deutsch-Südkaukasischen Parlamentariergruppe im Bundestag eine Delegation der Armenischen Nationalversammlung. Die Delegation wurde von Vladimir Vardanyan, Vorsitzender des Ausschusses für staatsrechtliche Fragen und gleichzeitig Vorsitzender der Freundschaftsgruppe Armenien-Deutschland, angeführt. Bei dem Gespräch stand neben den guten Beziehungen zwischen Deutschland und Armenien der Konflikt mit Aserbaidschan um die Region Bergkarabach im Mittelpunkt, die zur Flucht von 100.000 Menschen geführt hatte. ■

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!

Josef Rief, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Büro ☏ (030) 227 – 71905 (030) 227 – 76060
josef.rief@bundestag.de www.josef-rief.de

Wahlkreisbüro:
Braithweg 27, 88400 Biberach
☏ (07351) 444 8782 (07351) 444 8783

Heimatanschrift:
Bergwalden 1
88486 Kirchberg/Iller

Fortsetzung von Seite 1

te daran, dass die Hamas keinen Befreiungskrieg für Palästina führe, sondern einen Vernichtungskrieg gegen Juden und Israelis. Vor dem Hintergrund der verstörenden Sympathiebekundungen für die Terrorattacke vom 7. Oktober müsse man immer wieder deutlich machen, dass Israel das Opfer sei und die Hamas-Terroristen die Täter – und nicht umgekehrt, sagte Müller.

In Sachen Innenpolitik bot Merz dem Kanzler erneut eine Zusammenarbeit zur Bewältigung der Flüchtlingskrise an. Beide hatten in der vergangenen Woche mit den Ministerpräsidenten Boris Rhein und Stefan Weil erstmals über eine gemeinsame Herangehensweise beraten. Konkrete Verabredungen blieben bislang aber aus. Merz sprach daher vom „Anfang eines Prozesses der Suche nach gemeinsamen Lösungen.“ Die Verantwortung dafür, dass die Kommunen inzwischen komplett überfordert sind mit der Aufnahme von Flüchtlingen, wies er indes klar der Regierung zu.

Müller betonte, dass die Union einem Kompromiss nur zustimmen werde, wenn ein solcher die Zahl der nach Deutschland kommenden Migranten wirksam und dauerhaft reduziere. Bislang sende die Koalition meist die falschen Signale, auch innerhalb der EU. „Ihre Koalition ist in der Migrationspolitik der Geisterfahrer in Europa“, warf der CSU-Politiker der Ampel vor. ■

Gegen den Amtsschimmel: CDU/CSU will Bürokratiebremse - Antrag eingebracht

Umständliche Vorschriften, ausufernde Berichtspflichten, langwierige Genehmigungsverfahren – die Regelungswut deutscher Behörden kennt keine Grenzen. Darunter leiden Bürger. Darüber stöhnen Unternehmen. Kampf dem Amtsschimmel, fordert die CDU/CSU-Fraktion und legt einen Antrag mit Vorschlägen zum Bürokratieabbau vor.

Welche Auswirkungen hat die Bürokratie?

Überbordende Bürokratie schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Sie hemmt die Lust an Innovationen. Sie bürdet den Unternehmen Kosten auf. Sie lähmt die Leistungsbereiten. Wenn nichts mehr vorangeht, verlieren die Bürgerinnen und Bürger ihr Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates.

Was tut die Ampel dagegen?

Leider nichts. Obwohl die Ampel sich zu Beginn ihrer Amtszeit ein „Belastungsmoratorium“ auferlegt hat, erlässt sie immer neue Regulierungen. Beispiel: Heizungsgesetz. Beispiel: Kindergrundsicherung. Beides sind wahre Bürokratiemonster.

Was will die CDU/CSU-Bundestagsfraktion?

Der CDU/CSU-Fraktion ist es schon während der Regierungszeit von Angela Merkel gelungen, Bürokratie abzubauen. Der Maßstab dafür, der sogenannte Bürokratiekostenindex, sank 2021 auf einen historischen Tiefstand. Sie hat damals auch schon Vorschläge gemacht, wie der Staat schlanker und effizienter werden kann. Daran knüpft die Union jetzt an. Unter anderem will sie eine Bürokratiebremse. Diese soll zur Rücknahme von Vorschriften verpflichten, wenn ein bestimmtes Maß bereits überschritten ist. Für jede neue Regel müssen zwei vorhandene gestrichen werden. EU-Regeln dürfen nur noch eins zu eins umgesetzt werden: Nationale Sonderregeln draufzusatteln, wird nicht erlaubt. ■

Jakob-Emele-Realschule in Berlin

Auch in dieser Woche gab‘s Besuch aus dem Wahlkreis. Eine Gruppe von der Jakob-Emele-Realschule in Bad Schussenried hat Josef Rief im Bundestag besucht und hatte viele Fragen, die im Anschluss an den Vortrag im Plenarsaal besprochen werden konnten. Danach war noch Zeit, ein wenig die Gebäude des Bundestags und die Reichstagskuppel anzuschauen. ■